

Schweiz

Psychisch Kranke fürchten um ihre Rente

Die 6. IV-Revision sieht weitere Sparübungen vor. Menschen mit psychischen Erkrankungen fühlen sich zunehmend in die Enge getrieben.

Von Beat Bühlmann

Peter Indergand* kommt pünktlich, ist ordentlich gekleidet und so unauffällig wie alle anderen beim Kaffeetrinken im El Greco in Zürich. Doch beim Erzählen stockt er, ringt immer wieder um seine Fassung. Indergand, Mitte 50, war Oberstufenlehrer im Kanton Zürich und lebt seit neun Jahren von der IV-Rente. Er unterrichtet noch drei, vier Stunden an einer Privatschule, mehr liegt nicht drin. «Das würde mich überfordern»,

IV muss eine Milliarde sparen
Neue Vorschläge im Januar

Laut Yves Rossier, Chef des Bundesamtes für Sozialversicherungen, ist bei AHV und IV Sparen angesagt. Da die Menschen älter würden, stiegen die Kosten pro Jahr um 2 bis 3 Prozent. «Entweder sind wir bereit, jedes Jahr etwas mehr in die Sozialwerke einzuzahlen, oder wir müssen jedes Jahr runter mit den Leistungen, oder von beidem etwas», sagte Rossier im Interview mit dem «Sonntag».

Mit der 6. Revision der Invalidenversicherung will er deshalb (fast 1 Milliarde Franken pro Jahr sparen). Denn eines sei sicher: «Nur mit Eingliederung können wir die IV nicht sanieren. Den ersten Teil der Sparvorschläge werden wir schon im Januar oder Februar vorlegen», sagte Rossier. Bei der AHV werde es heikel, wenn der Fonds unter 20 Prozent falle. Dann funktioniere das AHV-System nicht mehr reibungslos. (SDA)

sagt er. Am liebsten würde er sich ganz ausklinken. Die Lust am Unterrichten sei ihm völlig abhandengekommen.

Indergand leidet an psychischer Erschöpfung, einer Depression. Jede zweite Woche geht er zum Therapeuten in Behandlung. Aber ist er wirklich krank? Und tatsächlich arbeitsunfähig? «Wenn ich mit einem Verband herumlaufen könnte, wäre mir die Anteilnahme sicher», sagt Indergand, «als psychisch Kranker schlägt mir vor allem Misstrauen entgegen.» So vermeidet er, darüber zu reden. «Ich bin es leid, mich dauernd rechtfertigen zu müssen.»

Mit der 6. IV-Revision sind nun auch die psychisch Kranken in den Fokus der Politik geraten. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) will alle laufenden Renten überprüfen und klären, ob die Eingliederung möglich ist. Allein damit sollen der Rentenbestand innert sechs Jahren um 12 500 Fälle reduziert und pro Jahr 570 Millionen Franken eingespart werden. Insgesamt muss die IV eine Milliarde einsparen (siehe Box).

Als Schmarotzer verschrien

Auf dem Prüfstand stehen vor allem IV-Renten mit schwer definierbaren körperlichen und psychischen Erkrankungen. Das trifft jene, die unter diffusen Schmerzen (somatoforme Schmerzstörungen), Schleudertraumata, Borderline-Syndrom oder Neurosen leiden. «Wir möchten den Anteil der schwer de-

finierbaren psychischen IV-Fälle von 40 auf 25 Prozent reduzieren», sagte BSV-Vizedirektor Alard du Bois-Reymond.

Auch SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi fordert eine schärfere Praxis gegenüber psychisch Kranken, konkret: gegenüber «psychogenen und milieureaktiven Störungen». Die Zahl dieser IV-Rentner sei zwischen 1993 und 2006 um 60 000 gestiegen. «Man muss künftig klar trennen zwischen psychischen Erkrankungen und kleineren Verstimmungen und Erschöpfung, wie wir sie alle kennen.» Bortoluzzi räumt ein, dass die Grenze nicht einfach zu ziehen ist. «Doch wir müssen die Experten unter Druck setzen, damit sie diese Grenze strikter ziehen.» Es sei gesellschaftspolitisch falsch, so viele Personen mit psychischen Problemen auszusondern.

Wer psychisch erkrankt sei, werde heute schnell als potenzieller Scheininvalid betrachtet, ärgert sich Peter Indergand. «Das politische Klima verunsichert, denn ich fürchte um meine Rente.» Dieser Druck sei bedrohlich und schaffe zusätzliche Probleme. Auch die 43-jährige Daniela Keller, die seit zehn Jahren in ärztlicher Behandlung ist und eine Teilrente von 50 Prozent bezieht, sieht sich durch die politische Kampagne in Verruf gebracht. «Am Arbeitsplatz rede ich nie von meinen psychischen Problemen, ich möchte nicht als Simulant und Schmarotzerin dastehen.» Daniela Keller leidet seit ihrer

Jugendzeit an sozialer Phobie und Panikattacken. Sie würde ihr Arbeitspensum eigentlich gerne um 10 Prozent erhöhen und so «das IV-Korsett etwas lockern», wie sie sagt. Doch dann wären die Abstriche bei der IV-Rente grösser als die Lohnerhöhung.

Die Angstmacherei um die IV sei zuweilen kaum auszuhalten, sagt Hans Kiener, der seit acht Jahren eine IV-Rente bezieht. Bei der Diskussion um die IV-Zusatzfinanzierung habe er den Fernseher manchmal ausschalten müssen, weil alle nur noch von Missbrauch und Rentenkürzungen geredet hätten. «Manchmal leide ich schon selber unter einem Verfolgungswahn und glaube, IV-Detektive vor dem Haus entdeckt zu haben.»

Integration erschwert

Diese Ängste seien unter psychisch Kranken weit verbreitet, bestätigt Jürg Gassmann, Zentralsekretär von Pro Mente Sana. Die Ankündigung der Politik, bei der IV nun im psychischen Bereich zu sparen und Renten zu streichen, sorge für ein «Klima der Angst». Bei Pro Mente Sana seien in den letzten Wochen zahlreiche Anfragen von psychisch Kranken eingegangen, die wissen wollten, ob denn ihre Rente noch sicher sei. «So wird die Integration nur erschwert, denn viele kapseln sich ab und fühlen sich in die Enge getrieben.» In seiner Praxis erlebe er seine Patienten

zunehmend verängstigt, sagt auch der Zürcher Psychoanalytiker Werner A. Disler. «Es verbreitet sich unter ihnen eine Art Panikstimmung.» Es sei absolut widersinnig, diese Ängste zu schüren und gleichzeitig die Eingliederung am Arbeitsplatz zu fordern.

«Der Druck auf psychisch Kranke ist völlig kontraproduktiv», bestätigt Niklas Baer, Leiter der Fachstelle für Rehabilitation der Psychiatrischen Dienste Baselland. Denn eine Rente vermittele Sicherheit. Wer sie infrage stelle, müsse den Betroffenen mindestens eine wirksame Eingliederung garantieren. Eingliederungsmassnahmen zeigten bis jetzt aber praktisch keine Wirkung. «Die Bilanz ist ernüchternd», sagt Baer. Nicht einmal für 15 Prozent der psychisch Kranken würden berufliche IV-Massnahmen in Erwägung gezogen.

Dabei könnte die Integration mit dem Supported Employment, wie es an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich praktiziert wird, durchaus erfolgreich sein. Laut Klinikleiter Wulf Rössler können dank Job-Coach und individueller Unterstützung im Betrieb jedes Jahr bis zu 100 psychisch Kranke im Arbeitsmarkt gehalten werden. Etwa die Hälfte von ihnen werde nachhaltig integriert. «Wenn wir mehr Betreuungskapazität hätten, könnten wir die Zahl deutlich erhöhen», sagt Rössler. Denn die Warteliste sei lang.

* Namen der IV-Rentner verändert

Das Montagsporträt

Er weiss, was die Schweizermacher bei der Einbürgerung wissen wollen

Der gebürtige Algerier Hadi Barkat hat ein kniffliges Quiz über die Schweiz erfunden. «Helvetiq» hilft Einbürgerungswilligen und macht Eidgenossen Spass.

Die Idee mit dem Quiz kam Hadi Barkat, als er im Januar 2007 zur Befragung von Einbürgerungswilligen ins Rathaus von Lausanne aufgebeten war. Stadtrat Olivier François stellte dem Algerier Fragen über die Geschichte der Schweiz, über Lausanne und seine Erfahrungen als Pendler an den damaligen Arbeitsort Genf. Der Freisinnige François, ein gebürtiger Franzose, hatte vor Jahren dasselbe Verfahren durchlaufen.

«Die Atmosphäre war in den ersten fünf Minuten sehr ernst, danach verlief das Gespräch entspannter», erinnert sich Barkat an die Viertelstunde, die ihm den Weg zum Schweizer Pass öffnete. Es war die zweite Befragung im Einbürgerungsverfahren; in der ersten hatte ihn ein Beamter sehr direkt über sein Privatleben ausgefragt. Zum Beispiel über sein Verhältnis zu seiner heutigen Frau, einer Schweizerin dänischer Abstammung.

Barkat kennt die Filmkomödie «Die Schweizermacher» von Rolf Lyssy. Er selbst macht sich aber nicht lustig über das Verfahren, das er durchlief. «Die Spielregeln waren mir zum Voraus bekannt», sagt der 32-Jährige. Hingegen empfand er die Unterlagen, mit denen er sich auf den Test vorbereiten konnte, als «etwas trocken». Der Informatikingenieur mit ETH-Diplom ist überzeugt, dass man «auf spielerische Art viel lernen kann». So erfand Barkat das Spiel Helvetiq. Es besteht aus einem Quiz mit Fragen zu Geschichte, Politik, Gesell-



Man muss das Land gut kennen, das man liebt: Hadi Barkat mit seinem Quiz zur Schweiz. Foto: Niels Ackermann (Rezo)

schaft, Kultur, Sport und Wirtschaft der Schweiz und einem Politikspiel.

15 000 Spiele verkauft

Als die französische Originalfassung im Herbst 2008 auf den Markt kam, entwickelte sich das Spiel im Nu zu einem Renner. Helvetiq-Versionen auf Deutsch, Italienisch und Englisch folgten nach wenigen Monaten. Bis heute setzte die von Barkat gegründete Firma Red Cut mehr als 15 000 Exemplare des Grundspiels ab. Ende Oktober erschien eine Ergänzungsschachtel mit anspruchsvolleren Fragen über Geschichte, Wirtschaft, Recht und Politik. Red Cut spannte dabei mit dem welchen Verlag Editions LEP zusammen. Seit einem Monat verbreitet Barkat zudem eine Gratisversion als Spiel mit 70 Fragen für iPhone. Am Ende jedes Spiels berechnet das Programm aus der Trefferquote einen «schweizerischen Intelligenzquotienten». Das fördert den Spieltrieb.

Helvetiq war zunächst Barkats Hobby. Inzwischen beschäftigt er sich hauptberuflich mit neuen Anwendun-

gen des Fragespiels, Anpassungen an die Bedürfnisse einzelner Städte und einem gleich konzipierten Quiz über Belgien. Gegenwärtig lebt Barkat mit einem Bein in Boston und dem andern in Lausanne, weil seine Frau in den USA auf dem Gebiet der Neurowissenschaften forscht. Am Tag nach der Volksabstimmung über das Bauverbot für Minarette sass er im Flugzeug von Boston zurück nach Zürich. Bei der Ankunft spürte er «eine gewisse Schwere im Land».

Das Ergebnis des Referendums habe ihn wegen seiner Herkunft aus einem muslimischen Land besonders betroffen, sagt er. «Aber ich reagierte gelassener darauf als manche Kollegen.» Im Elternhaus hatte ihn die unauffällige, aber aufgeschlossene Art geprägt, wie sein Grossvater den muslimischen Glauben lebte. Das war weit entfernt von der Haltung der Islamischen Heilsfront (FIS), die im Algerien der 90er-Jahre «die Religion als Mittel einsetzte, um Macht zu erlangen».

Als Barkat mit 17 Jahren zu einem Onkel nach Lausanne reiste, um an der ETH zu studieren, erfuhr er den

«schweizerischen Traum». Er meint damit die Chance, «die einem die Schweiz gibt, unabhängig von der Herkunft ein gutes Studium zu absolvieren». Seit der Minarett-Abstimmung verfolgt er aufmerksam die Debatte, wie weit sich Muslime in der Schweiz integrieren oder gar assimilieren sollen. Seine Antworten zum heiklen Thema wägt er vorsichtig ab: «Wer auswandert, muss die Kultur des Gastlandes respektieren.» «Nach 15 Jahren in diesem Land fühle ich mich als Algerier und als Schweizer.» Und: «Es ist positiv, wenn man das Land gut kennt, das man liebt».

Als der Ingenieur das Quiz über die Schweiz erfand, hatte er Einbürgerungswillige vor Augen. Inzwischen sind auch viele Alteingesessene verückt darauf, die Fragen zu beantworten, zu würfeln und mit ihrer Figur im Alpaufzug auf dem Spielbrett möglichst schnell von Kuh zu Kuh ins Ziel zu hüpfen. «Das Spiel bringt in Schweizern eine verborgene Seite zum Schwingen», erklärt Barkat schmunzelnd den Erfolg von Helvetiq. Richard Diethelm, Lausanne

Raser-Initiative
«ohne Biss»

Der Zürcher EVP-Politiker Ruedi Aeschbacher macht bei der Initiative gegen Raser nicht mehr mit.

Die Initianten des Volksbegehrens «Schutz vor Rasern» verlieren eine wichtige Stimme: Der ehemalige Zürcher Stadtrat und EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher («Schwellen-Ruedi») will nicht wie vorgesehen dem Initiativkomitee beitreten, da die Strassenopferorganisation Roadcross ein Begehren «ohne Biss» eingereicht habe. Entgegen der Absicht Aeschbachers, generell als Raser zu bezeichnen, wer die Höchstgeschwindigkeit um 40 km/h überschreitet, sehe der Initiativtext weit grosszügigere Toleranzwerte vor.

Waghalsiges Überholen

Die Toleranzgrenze von 40 km/h hatte die überparteiliche Parlamentariergruppe «Kampf gegen Raser» im Juli eingebracht. In Vorstössen definierte sie erstmals, welche Regelverletzungen künftig als Rasereien gelten sollen. Demnach wäre ein Raser, wer bewusst elementare Verkehrsregeln verletzt - durch waghalsiges Überholen oder mit Rennen, bei denen die Fahrer das Risiko eines Unfalls mit Schwerverletzten oder gar Todesopfern eingehen. Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit um mehr als 40 km/h sollen ebenfalls als Raserei gelten.

Entgegen dieser strengen Definition hat sich Roadcross laut der «Basler Zeitung» entschieden, in ihrer Initiative das weit tolerantere Modell der Zürcher Staatsanwaltschaft anzuwenden. Als «krasse» Tempoübertretung gelten demnach die Missachtung der Höchstgeschwindigkeit um 40 km/h in Tempo-30-Zonen, um 50 km/h innerorts, um 60 km/h ausserorts und um 80 km/h auf der Autobahn. «Wer mit 190 km/h über die Autobahn braust, soll kein Raser sein?», wundert sich Aeschbacher. «Die meisten Menschen würden in diesem Fall klar von Raserei sprechen.»

Die Initiantin Roadcross will sich nicht zum Streit um den Toleranzwert äussern, da der Initiativtext momentan von der Bundesverwaltung geprüft werde. Mitte Februar möchte Roadcross mit der Unterschriftensammlung beginnen. Andere Politiker wie Adrian Amstutz (SVP), Peter Malama (FDP) oder Daniel Jositsch (SP) wollen nach wie vor im Komitee mitmachen. David Schaffner, Bern

Reklame AK1139ztg/A/4

Qualität ohne Kompromisse

SWISSBAU
Halle 2.1, Stand L 24

WYSS MIRELLA
Telefon 041 933 00 74
6233 Büren